



PRESSEMITTEILUNG des Verbandes Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH)

Hamburger Kinder- und Jugendarbeit in Gefahr: Zentraler Träger ist in existenzieller Sorge

VKJH sieht Existenz bedroht – Ohne Finanzierungszusage drohen Aufgabe von Trägerschaften und Verlust wichtiger Strukturen der Jugendhilfe

Hamburg, 19. Juni 2026 – Der Verband für Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH) warnt vor einer existenziellen Krise. Ohne eine verbindliche Finanzierungszusage für seine Geschäftsführungs-, Verwaltungs- und Verbandsstrukturen bis Ende Juni sieht sich der Verband nicht mehr in der Lage, seine Trägerschaften dauerhaft aufrechtzuerhalten. Die Folgen würden weit über den Verband hinausreichen und zentrale Bereiche der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe treffen.

Hintergrund

Der VKJH ist der einzige Fach- und Dachverband, der ausschließlich die Offenen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebote in Hamburg vertritt. Der Verband verantwortet als Träger 17 Einrichtungen und 27 Projekte in vier Bezirken, beschäftigt rund 90 Mitarbeitende und arbeitet mit mehr als 150 Honorarkräften und Ehrenamtlichen zusammen. Darüber hinaus ist er Träger der Ombudsstelle „OHA! Verstärker für Kinder- und Jugendrechte“, des Gesundheitsprojektes „MiMi“ sowie Dachverband für 23 Mitgliedsorganisationen. Als Fachverband organisiert er Fortbildungen und Arbeitsgruppen, trägt zur Vernetzung bei, berät und unterstützt Einrichtungen, begleitet Qualitätsentwicklungsprozesse und vertritt die Interessen junger Menschen sowie des Arbeitsfeldes gegenüber Politik und Verwaltung. Außerdem publiziert er viermal im Jahr das bundesweit anerkannte FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, welches gerade sein 40jähriges Jubiläum gefeiert hat. Der Verband ist bei all seinen Tätigkeiten auf öffentliche Förderung angewiesen.

Trotz des kontinuierlichen Wachstums der Aufgaben und Verantwortungsbereiche wurden die notwendigen Leitungs-, Verwaltungs- und Verbandsstrukturen nie ausreichend finanziert. Die bestehenden Mittel reichen nicht mehr aus, um die Verantwortung für Einrichtungen, Projekte und Fachverbandsaufgaben dauerhaft zu tragen.

„Wir sprechen hier nicht über den Ausbau von Angeboten, sondern über die Grundlagen ihrer Existenz. Wenn die notwendigen Strukturen nicht finanziert werden, können Trägerschaften nicht dauerhaft gesichert werden“, erklärt der VKJH.

Erschwerend kommt hinzu, dass dem VKJH Anfang April vom Amt für Familie mündlich mitgeteilt wurde, es sei beabsichtigt, die Trägerschaft für die Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe „OHA! Verstärker für Kinder- und Jugendrechte“ ab 2027 neu auszuschreiben. Dies hat der Senat in einer schriftlichen kleinen Anfrage nun bestätigt (Drucksache 23/4375). Der VKJH hat 2021 die hamburgweite Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe aufgebaut, ist hamburg- und bundesweit fachlich etabliert

und anerkannt. „Eine Neuausschreibung würde das seit knapp 5 Jahren bundesweit vorbildliche System der Ombudschaft sowie den vorangegangenen mehrjährigen Prozess der Entwicklung unter Beteiligung der Bezirke, der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ sowie die darauf aufbauenden Beschlüsse der Bürgerschaft faktisch in Frage stellen – selbst, wenn dies möglicherweise nicht beabsichtigt ist“, so die Einschätzung des Vorstandes des Bundesnetzwerks Ombudschaft (BNO).

Gefahr für Einrichtungen, Projekte und junge Menschen

Sollte bis Ende Juni keine Lösung gefunden werden, wird der Verband mit den Bezirken über die Abgabe seiner Einrichtungen und Projekte sprechen, dies ist den Bezirken bereits bekannt. Die betroffenen Bezirke befürchten keine anderen Träger zu finden.

Für Kinder, Jugendliche und Familien hätte dies weitreichende Folgen. Zahlreiche Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Projekte müssten neu organisiert werden. Bewährte Kooperationen, gewachsene Netzwerke und langjährige Vertrauensbeziehungen stünden auf dem Spiel. Gleichzeitig würden Fachkräfte und Einrichtungen in eine Phase erheblicher Unsicherheit geraten.

Gerade in einer Zeit, in der soziale Ungleichheiten wachsen, demokratische Teilhabe gestärkt werden muss und die Bedarfe junger Menschen zunehmen, wäre eine Schwächung der bestehenden Infrastruktur ein problematisches Signal.

Mehr als die Krise eines einzelnen Trägers

Aus Sicht des VKJH geht es nicht nur um die Zukunft einer einzelnen Organisation. Der Verband übernimmt als Dach- und Fachverband zentrale Aufgaben für die Hamburger Kinder- und Jugendhilfe.

Mit dem Wegfall oder der Schwächung dieser Strukturen würde Hamburg einen wichtigen Teil seiner fachlichen Infrastruktur verlieren. Betroffen wären nicht nur die eigenen Einrichtungen des Verbandes, sondern zahlreiche Träger, Fachkräfte und Netzwerke der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der gesamten Stadt.

Arbeitsfeld insgesamt unter Druck

Die Situation des VKJH steht stellvertretend für die Herausforderungen, mit denen die Offene Kinder- und Jugendarbeit derzeit konfrontiert ist. Steigende Kosten, anhaltende Unterfinanzierung und Kürzungsdebatten setzen viele freie Träger unter Druck. Gleichzeitig steigen die Belastungen junger Menschen und von Familien. Die Anforderungen wachsen während Unterstützungs- und Beteiligungsangebote schrumpfen. Dabei sollte es genau andersherum sein.

Der VKJH appelliert deshalb an Politik und Verwaltung, kurzfristig eine tragfähige Lösung für die Finanzierung der notwendigen Träger- und Verbandsstrukturen zu schaffen.

„Hamburg braucht eine starke Offene Kinder- und Jugendarbeit. Dafür braucht es nicht nur Einrichtungen und Projekte, sondern auch die Strukturen, die diese Angebote organisieren, absichern und weiterentwickeln. Wenn diese Strukturen wegbrechen, verliert die Stadt weit mehr als einen einzelnen Träger.“

Der Vorstand des VKJH

Maarit Tuulia Müller, Dieter Bänisch, Joachim Gerbing, Prof. Dr. Tilman Lutz, Moritz Schwerthelm